

VERBANDSARBEIT

„Die Städte in Rheinland-Pfalz sind mit ihren leistungsfähigen Strukturen immer da, wenn es darauf ankommt.“

Die Bewältigung der Corona-Pandemie hat die Städte im Berichtsjahr stark gefordert. Ging es zunächst um den Schutz der Bevölkerung vor einer Coronavirus-Infektion durch Lockdowns, so rückten in diesem Jahr mehr und mehr Maßnahmen der Eindämmung des Virus durch Schutzimpfungen und flächendeckende Testangebote in den Fokus. Die Städte haben dabei einmal mehr gezeigt, dass sie z.B. mit den Impfzentren und Schnelltestzentren schnell und effektiv vor Ort benötigte Infrastrukturen aufbauen und betreiben können.



Gravierend waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie auch auf die öffentlichen Unternehmen, die gewerbliche Wirtschaft sowie auf Kultur, Bildung und Vereinsleben. Die Städte hatten hier – dankenswerterweise auch mit finanzieller Unterstützung von Bundes- und Landesebene – alle Hände voll zu tun, um die vielen von der Pandemie direkt und indirekt betroffenen Bereiche zu stabilisieren und ihnen eine Perspektive aufzuzeigen. Gemeinsam mit der Landesregierung hat der Städtetag in kurzen Zeitabständen immer wieder um Schutzmaßnahmen und Lockerungsschritte angesichts der gerade aktuellen Infektionslage gerungen und dabei stets versucht, den Anliegen aller städtischen Interessengruppen gerecht zu werden. Um gegenüber der Landespolitik ad-hoc sprachfähig zu sein und aktuelle Entwicklungen im Blick zu behalten, tauschen sich die Städte weiterhin einmal wöchentlich in einer Telefonkonferenz zum aktuellen Pandemie-Geschehen aus.

Die Corona-Pandemie war dabei nicht die einzige Krisensituation, die die Städte in Rheinland-Pfalz im Berichtsjahr bewegt hat. Die verheerende Hochwasserkatastrophe insbesondere an der Ahr hat alle Städte im Land tief bewegt. Schnell und unermüdlich waren städtische Feuerwehr- und Rettungskräfte im Hochwassergebiet im Einsatz. Auch hatten viele Stadtwerke Mitarbeiter:innen entsandt, um beschädigte Leitungen wiederherzustellen. Die Städte im Land werden der gesamten betroffenen Region und dabei insbesondere den beiden Mitgliedsstädten Bad Neuenahr-Ahrweiler und Sinzig auch mittel- und langfristige zur Seite stehen; sei es bei der unbürokratischen Entsendung von Verwaltungsmitarbeiter:innen oder bei dem Wiederaufbau der zerstörten oder beschädigten Infrastruktur.

Von großer Bedeutung für die rheinland-pfälzischen Städte war die Landtagswahl in diesem Jahr. Im Vorfeld der Wahl hatte der Verband seine Positionen veröffentlicht und diese über verschiedene Kanäle in die Koalitionsverhandlungen eingebracht. Das Ergebnis dieser Bemühungen kann sich sehen lassen. So wird die Landesregierung als einen großen Schwerpunkt ihrer Arbeit die Stärkung der Innenstädte in den Fokus nehmen. Auch in den Bereich des städtischen Klimaschutzes soll landesseitig mehr Bewegung kommen. Bei der Kommunal- und Verwaltungsreform rückt die Landesregierung von ihrem bisherigen Ansatz „Größer ist besser“ ab und bedient sich zeitgemäßer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Im landespolitischen Kontext erwähnt werden muss auch der Dauerbrenner Kommunalfinanzien. Das vom Städtetag miterstrittene Urteil des Verfassungsgerichtshofs zwingt das Land zukünftig, die tatsächlichen Ausgaben der Kommunen stärker in den Blick zu nehmen. Ein großer Erfolg für alle Kommunen und aus städtischer Sicht das wichtigste Reformvorhaben des Landes in dieser Legislaturperiode.

Veränderungen gab es beim Verband in personeller Hinsicht. Für den bisherigen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Oberbürgermeister a.D. Wolfgang Treis, Mayen, ist die Beigeordnete der Stadt Ingelheim, Frau Dr. Christiane Döll, neu ins Amt gewählt worden. In der Geschäftsstelle des Verbandes ist mit Herrn Fabian Kirsch einer der beiden Geschäftsführenden Direktoren aus dem Amt ausgeschieden. Herr Kirsch wird in seiner neuen Funktion als Chef der Staatskanzlei sicher auch zukünftig die Interessen der rheinland-pfälzischen Städte fest im Blick behalten.